

NEWSLETTER

Im Auftrag:



Projektkoordination:



Projektpartner:

Planergemeinschaft



Juli 2024 / Ausgabe 12

THEMEN

- Interview mit Annette von Hagel
- Umweltlabel "Holz von hier"
- Kommunale Gebäuderichtlinie der Stadt Münster
- Neues Zuschuss-Programm NKK
- Bundestag und Bundesrat beschließen Solarpaket
- Neues Energieforschungsprogramm des BMWK
- Berliner Senat beschließt neue "Gesamtstrategie Ladeinfrastruktur 2030"
- Neues aus dem Land Berlin
- Neues aus der Servicestelle



Sehr geehrte Damen und Herren,

die Treibhausgasminderung bis 2030 ist eins der obersten Klimaziele auf europäischer und nationaler Ebene. Ein oftmals unterschätztes Klimaschutzpotenzial liegt in der Kreislaufwirtschaft. Die Lebenszyklusbetrachtung von Ressourcen im Gebäudesektor ist bei einem Blick auf den Ressourcenverbrauch in der Bauwirtschaft unerlässlich - denn 40 % der Treibhausgase und 55 % des Abfallaufkommens in Deutschland entstehen im Bausektor. Das Land Berlin hat daher am 12. Juli einen neuen Leitfadens zum nachhaltigen Bauen vorgestellt, der die Kreislaufwirtschaft im Bausektor stärken und die Ressourceneffizienz steigern soll - mehr Informationen und den Leitfaden als Download finden Sie unter: https://kurzlinks.de/nachhaltiges_bauen

Im aktuellen Newsletter beleuchten wir daher Ansätze, wie öffentliche Entscheidungsträger:innen in urbanen Planungs- und Entwicklungsprozessen auf Quartiersebene Einfluss auf die Ressourceneffizienz üben können. Neben einem Interview mit Annette von Hagel, aus dem Vorstand der *re!source* Stiftung, informieren wir über das Umweltlabel „Holz von hier“, die kommunale Gebäuderichtlinie der Stadt Münster sowie über das neue Zuschuss-Programm „Natürlicher Klimaschutz in Kommunen“.

Wie gewohnt werden abschließend Neuigkeiten aus dem Land Berlin und der Servicestelle geteilt.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Team der Servicestelle energetische Quartiersentwicklung

Im Auftrag:



Projektkoordination:



Projektpartner:

Planergemeinschaft



Interview - Annette von Hagel

Geschäftsführende / Vorständin re!source



Quelle: www.re-source.com

Servicestelle: Sehr geehrte Annette von Hagel, Sie sind die geschäftsführende Vorständin der re!source Stiftung und bringen viel Erfahrung aus der Bau- und Wohnungswirtschaft mit. Was hat Sie motiviert die eigene Expertise im Bereich Kreislaufwirtschaft aufzubauen?

Annette von Hagel: Als Architektin mit einer zusätzlichen Ausbildung im IT-Bereich, insbesondere in den Bereichen Datenbanken und Programmierung im Maschinen- und Anlagenbau, habe ich schon früh die Bedeutung von technischer Präzision und umfassendem Datenmanagement im Bauwesen erkannt. Meine Leidenschaft für nachhaltiges Bauen und die Lebenszyklusbetrachtung führte mich dazu, als Pionierin auf diesem Gebiet im Facility Management tätig zu werden.

Die Motivation für meine Arbeit in der Kreislaufwirtschaft entspringt dem Verständnis der ökologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen, vor denen wir stehen. In Deutschland sind wir stark von Materialimporten abhängig, was unsere Ressourcenbasis und die Biodiversität erheblich belastet. Tatsächlich sind 90 % des Biodiversitätsverlustes auf den Ressourcenabbau zurückzuführen. Dies zeigt deutlich, dass wir unsere Bau- und Planungspraktiken grundlegend überdenken müssen.

Ein fundamentales Problem sehe ich darin, dass Planung und Bau oft getrennt von den Nutzer:innen und Abrissunternehmen erfolgen. Dadurch entsteht ein Bruch in der Verantwortung und im Wissenstransfer, der zu ineffizienten und wenig nachhaltigen Ergebnissen führt. Außerdem fehlt es im Bauwesen an einem systematischen Monitoring, wodurch keine Anpassungen oder Weiterentwicklungen basierend auf gesammelten Erfahrungen und Daten vorgenommen werden.

Deshalb habe ich mich auch an verschiedene Ministerien und politische Vertreter:innen gewandt, um zu fordern, dass die Lebenszyklusanalyse (LCA) als verpflichtender Bestandteil für zertifiziertes Bauen eingeführt wird. Nur durch eine ganzheitliche Betrachtung und kontinuierliches Monitoring können wir nachhaltiges Bauen und Betreiben wirklich voranbringen und gleichzeitig unsere Abhängigkeit von Ressourcenimporten verringern sowie die Biodiversität schützen.

Diese Kombination aus technischer Ausbildung, praktischer Erfahrung und dem unbedingten Willen, etwas zu verändern, hat mich motiviert, meine Expertise im Bereich der

Kreislaufwirtschaft aufzubauen und die Arbeit der re!source Stiftung voranzutreiben. Die re!source Stiftung, gegründet 2016, hat sich zum Ziel gesetzt, das Augenmerk weg von der reinen Bedarfsenergie fertiggestellter Gebäude hin zu einer ganzheitlichen Betrachtung des gesamten Lebenszyklus eines Produkts zu lenken, einschließlich der grauen Energie. Dies beinhaltet auch die Vernetzung unterschiedlicher Unternehmen aus verschiedenen Sektoren, um umfassende und vielfältige Expertisen zusammenzubringen.

Servicestelle: Aus Ihren Worten entnehme ich, dass Sie die Klimaschutzpotenziale der Kreislaufwirtschaft als immens betrachten. Können Sie das konkretisieren?

Annette von Hagel: Die Kreislaufwirtschaft bietet beträchtliche Klimaschutzpotenziale und spielt eine zentrale Rolle im nachhaltigen Umgang mit Ressourcen. Auch der European Green Deal hat das Thema in den Fokus gerückt. Die Gewinnung und Verarbeitung von Ressourcen sind für 50 % der Treibhausgasemissionen und 90 % des Biodiversitätsverlustes sowie Wasserstresses verantwortlich.

Dabei sind die ressourcenintensivsten Sektoren der Bau und die Kunststoffindustrie. Vor allem im Bausektor sind Metalle wie Aluminium gefragt, die sich hervorragend zum Recycling eignen. Durch das Einschmelzen von Aluminium kann bis zu 95 % der Energie eingespart werden, die sonst für die Gewinnung und Verarbeitung benötigt würde. Besonders wichtig ist auch der Erhalt von hochwertigen Materialien wie Kupfer, das in Deutschland in sehr reiner Form vorkommt.

Zudem ist Deutschland einer der größten Gipsverbraucher in Europa, wobei dieser nach seiner Nutzung oft als Abfall deklariert wird, obwohl er sich in seiner Zusammensetzung kaum verändert hat. Hier liegt ein Problem im Abfallgesetz. In Dänemark gibt es zum Beispiel bei jedem Ab- und Neubau einen Behälter für Gipsabfälle, die zurück ins Werk geführt und recycelt werden. Ein solches System könnte auch in Berlin beziehungsweise in Deutschland von großem Vorteil sein. Diese Materialien sollten unbedingt im Kreislauf gehalten werden, um Ihre wertvollen Eigenschaften optimal zu nutzen und die Umweltauswirkungen zu minimieren. Da insbesondere der Staat einer der größten Bauherren des Landes ist, sollte ein Veränderungsmanagement im Umgang anvisiert werden, welches dann auch direkt in die Umsetzung gehen kann.

NEWSLETTER

Im Auftrag:



Projektkoordination:



Projektpartner:



Aus meiner Sicht gibt es aber auch überdenkenswürdige Entwicklungen in Deutschland. Besonders sensible sehe ich die Holzbauinitiative, da wir in Deutschland nicht über ausreichende Holzressourcen verfügen unsere Bauaktivitäten im großen Stil mit diesem Rohstoff umzusetzen und somit auf Importe angewiesen sind. Dies führt dazu, dass wir anderen Ländern ihre Ressourcen entziehen, die oftmals weniger verantwortungsvoll beschaffen werden und somit negative ökologische Auswirkungen in den Herkunftsländern erzeugen.

Servicestelle: Wenden wir den Blick nach Berlin: Welche Rolle kann zirkuläres Bauen in Großstädten wie Berlin haben? Ist die Gebäude- und Infrastrukturdichte hier von Vorteil?

Annette von Hagel: Die Rolle des zirkulären Bauens in Großstädten wie Berlin ist derzeit nicht groß genug und muss unbedingt ausgeweitet werden. Ein wesentliches Hindernis dabei ist der Mangel an ausreichenden Daten und Datenquellen.

Die hohe Dichte der Gebäude und Infrastruktur in Berlin stellt in diesem Zusammenhang tatsächlich einen Vorteil dar. Die Nähe der Ressourcen und des Fachwissens ermöglicht es, ein enges Netzwerk zu schaffen, in dem Materialien effizient wiederverwendet und recycelt werden können.

Der Ausblick ist positiv: Obwohl die Herausforderung groß ist, da verbautes Material bisher selten dokumentiert wurde, besteht der Wille zur Veränderung. Es werden Netzwerke aufgebaut, neue Stellen für verantwortliche Personen installiert und Strukturen geschaffen, die das zirkuläre Bauen fördern. Es geht darum, Schritt für Schritt voranzugehen und nicht das gesamte Thema auf einmal bewältigen zu wollen. Die Verantwortung wird wahrgenommen und erste Maßnahmen werden bereits umgesetzt.

Servicestelle: Wie kann man im Privaten als einzelne:r Akteur:in ressourcenschonende Ansätze verfolgen?

Annette von Hagel: Um im Privaten als einzelne Akteur:in ressourcenschonende Ansätze zu verfolgen, gibt es verschiedene wirksame Maßnahmen, die man umsetzen kann. Zunächst einmal sollte man beim Kauf von Materialien nicht nur auf den Preis achten. Wie das Sprichwort sagt: „Kaufst du billig, kaufst du zweimal!“ Es ist entscheidend, nicht die billigsten, sondern die effektivsten Elemente zu wählen und den gesamten Lebenszyklus der Produkte zu betrachten. Auf diese Weise vermeidet man häufigere Ersatzkäufe und spart langfristig Ressourcen und Geld.

Ein weiterer wichtiger Punkt zeigt sich bereits in der Planung des Bauprozesses. Es ist ratsam, diesen klug zu durchdenken und sicherzustellen, dass alle Gewerke sich an Terminabsprachen halten. Dies reduziert Verzögerungen und unnötigen Ressourcenverbrauch. Laut dem Versorgungsreport der AOK aus dem Jahr 2018 sollten Heizung und Kühlung in einem intelligenten Leitsystem mit geringer Vorlauftemperatur integriert werden. Ein durchdachtes System spart mehr Energie als nachträgliche Anpassungen es könnten.

Des Weiteren ist es sinnvoll, die Reinigung des eigenen Unternehmens an den Geschäftszeiten auszurichten. Dadurch können weitere Einspareffekte erzielt werden, z.B. für die Beleuchtung der Räume und des Gebäudes. Zudem sollten Kleinreparaturen im Haushalt mit Bedacht angegangen werden. Oft werden hierfür Klebstoffe verwendet, die nicht umweltfreundlich sind. Daher ist es besser, Reparaturen von Anfang an gründlich und fachgerecht durchzuführen, um den Einsatz von Klebern zu minimieren.

Auch bei der Auswahl von Bodenbelägen spielt Nachhaltigkeit eine Rolle. Teppichböden sollten nur dort verlegt werden, wo wenig Reinigung notwendig ist. Der Einsatz von Chemikalien und der hohe Wasserverbrauch bei der Reinigung von Teppichböden kann so minimiert werden.

Schließlich, wenn Nah- und Fernwärmenetze ausgebaut werden, ist es entscheidend, einen guten Prozess zu etablieren, der die Wiederverwertbarkeit der ausgebauten Heizsysteme sicherstellt. Dies erfordert einen Verantwortlichen, der den Prozess überwacht und sicherstellt, dass alte Systeme umweltgerecht recycelt werden. Durch diese Maßnahmen können Einzelpersonen effektiv und nachhaltig Ressourcen schonen und einen positiven Beitrag zum Umweltschutz leisten.

Servicestelle: Danke für Ihre Zeit und das interessante Interview!

NEWSLETTER

Im Auftrag:



Projektkoordination:



Projektpartner:



Umweltlabel "Holz von hier"

In der Praxis zeigt sich oftmals ein Ungleichgewicht zwischen den theoretischen Zielen zur Stärkung der lokalen Kreislaufwirtschaft und den vergaberechtlichen Vorgaben bei Beschaffungen oder Leistungsvergaben der öffentlichen Hand. In vielen Fällen scheitert das "Mehr" an Nachhaltigkeit bei öffentlichen Vergaben nicht am mangelnden Willen der Sachbearbeiter:innen, sondern an der empfundenen rechtlichen Unsicherheit lokale Leistungen oder regionale Materialien und Produkte priorisiert bewerten zu können.



Quelle: www.holz-von-hier.eu

Ein neuer Ansatz zur Steigerung der Nutzung des lokalen Rohstoffs Holz bietet das Umweltlabel "HOLZ VON HIER". Um die regionale Wertschöpfung zu stärken und dabei Emissionen einzusparen, ermöglicht "HOLZ VON HIER" die Erzeugung grauer Energie der Vorketten, wie beispielsweise von CO₂ beim Materialtransport, als Bewertungskriterium in die Vergabe einzustellen. Dementsprechend kann das Holz mit dem kürzesten Transportweg in der Angebotsbewertung priorisiert berücksichtigt werden und weist damit insgesamt eine bessere Ökobilanz auf. Das Umweltlabel kann für den Großteil der Holzprodukte herangezogen werden, auch Bau- und Energieholz. "HOLZ VON HIER" ist nach § 34 VGV vergabekonform und gewährleistet zudem die Anforderungen an nachhaltige Waldwirtschaft bei Holzprodukten mit dem "HOLZ VON HIER" Zertifikat. So ermöglicht das Zertifikat den Vergleich mit den FSC oder PEFC Nachweisen, erweitert deren Anspruch an nachhaltige Waldwirtschaft allerdings noch um klima- und umweltfreundliche Verarbeitungsketten.



Kommunale Gebäudeleitlinie der Stadt Münster

Die Stadt Münster richtet den Blick in Sachen Ressourceneffizienz und Nachhaltigkeit bei Neu- und Umbau auf kommunaler Ebene nicht mehr nur auf CO₂-Emissionen, sondern nimmt ganzheitlich den Lebenszyklus und Rückbaubarkeit ins Visier. Durch die im Jahr 2020 veröffentlichte Richtlinie werden Bauteile wie Boden- und Dachbeläge hinsichtlich ihrer Umweltauswirkungen von Produktion bis Rückbau beleuchtet und Standards sowie verbindliche Kriterien im Sinne der Kreislaufwirtschaft für die Umsetzung festgelegt. Hierfür war die Zusammenarbeit der verschiedenen Ressorts notwendig, um alle Belange einbeziehen zu können, die sich beispielsweise aus (verfahrens-) rechtlichen Vorgaben oder hausinterne Standards ergeben. Insbesondere die Entwicklung eigener Bau- und Sanierungsstandards öffnet den Raum für eine vereinfachte Abwicklung des Vorreiterprojekts und ermöglicht weiteren Akteur:innen sich an dem gesetzten Standard zu orientieren.

Die Gebäudeleitlinie steht unter folgendem Link zum Download bereit: <https://kurzelinks.de/kommRichtMuens>



Quelle: www.stadt-muenster.de



Neues Zuschuss-Programm NKK

Seit dem 1. Februar 2022 fördert die KfW-Bank Kommunen und ihre unselbstständigen Eigenbetriebe durch das neue Förderprogramm **“Zuschuss Nr. 444 - Natürlicher Klimaschutz in Kommunen”**. Ziel ist der natürliche Klimaschutz in Siedlungsbereichen zu verbessern, die Arten- und Biotopvielfalt zu stärken und den naturnahen Wasserrückhalt zu optimieren. Die Höhe der Zuschüsse beträgt zwischen 80 und 90 % und wird für Anschaffungen, Dienstleistungen von Dritten sowie Personalkosten für maximal 36 Monate gewährt.

Fördermittel werden in drei Modulen vergeben, die sich auf die (1 Umstellung auf ein naturnahes Grünflächenmanagement, (2 auf Baumanpflanzungen und (3 auf die Schaffung von Naturoasen beziehen. Beispielsweise beinhaltet dies die Erstellung und Zertifizierung von Pflege- oder Stadtbaumkonzepten, die Standortoptimierung von Bestandsbäumen, die Anlage von Pikoparks oder Naturerfahrungsräumen sowie die Aus- und Weiterbildung von Fachpersonal. Zusätzlich kann auch die begleitende Öffentlichkeitsarbeit gefördert werden.

Antragsberechtigt sind zwar lediglich die öffentlichen Institutionen, der Zuschuss kann aber sowohl mit weiteren Förderungen kombiniert als auch weitergeleitet werden, beispielsweise an Stadtwerke, Kirchen, kommunale Wohnungsunternehmen oder Vereine.

Weitere Informationen finden Sie unter <https://kurzelinks.de/kfw444>.

Besonderem Beratungsbedarf zum Thema Natürlicher Klimaschutz nimmt sich das gleichnamige Kompetenzzentrum (KNK) in Berlin an. Neben Informationen zu Fördermöglichkeiten bietet das Kompetenzzentrum auch Fachveranstaltungen rund um den Schutz und die Stärkung der Klimaschutzleistungen der Ökosysteme und des naturnahen Grünflächenmanagements an.

Informationen unter <https://www.kompetenzzentrum-nk.de/veranstaltungen>

Verschiedene Förderprogramme sind wieder angelaufen: BMWBSB-Programme „Klimafreundlicher Neubau“, „Altersgerecht Umbauen“ sowie „Genossenschaftliches Wohnen“ zum 20. Februar 2024 wieder gestartet (Drei BMWBSB-Förderprogramme starten wieder (berlinerimpulse.de)), KfW-Zuschuss „Heizungsförderung für Privatpersonen - Wohngebäude“ (458) seit 27.02. verfügbar (Aktuelle Informationen zur Heizungsförderung | KfW)



Bundestag und Bundesrat beschließen Solarpaket

Bundestag und Bundesrat haben durch den Beschluss des Solarpakets unter anderem die Weichen für einen beschleunigten Photovoltaik-Ausbau mit weniger bürokratischen Hürden gestellt. Hinzugekommen sind etwa Regelungen zur Batteriespeicherung, für die Gemeinschaftsversorgung mit Solarstrom und für deutschlandweit einheitliche technische Anschlussbedingungen. Die wesentlichen Inhalte lassen sich unter folgenden Punkten zusammenfassen:

1. Mehr Tempo beim Ausbau von PV-Anlagen auf Gebäuden
2. Stärkung des Ausbaus von PV-Freiflächenanlagen
3. Stärkung des Ausbaus der Windkraft und Biomasse sowie der Stromnetze
4. Netzanschlüsse und Speicher für Erneuerbare Energien

Insbesondere im Baustein I ergeben sich Änderungen, die für den Berliner Gebäudesektor von Interesse sein werden. Darunter fallen beispielsweise die Vereinfachung der Weitergabe von PV-Strom innerhalb eines Gebäudes wie an Wohn- oder Gewerbetrieber:innen, da weitestgehend die Lieferantspflichten nicht mehr zur Anwendung kommen. Zudem wird auch das Konzept des Mieterstroms vereinfacht, da nun unter wenigen Voraussetzungen auch gewerbliche Gebäude und Nebenanlagen unter die Förderfähigkeit fallen. Ebenfalls sollen die Installation und Anmeldung von PV-Anlagen an Balkonen weniger komplex erfolgen können, beispielsweise durch die Reduktion erforderlicher Daten. Zudem wird die Direktvermarktung kleinerer Anlagen bis 25 kW vereinfacht, indem die Vorgaben zur technischen Ausstattung gelockert werden und so die Direktvermarktung günstiger wird. Ausgeförderte PV-Anlagen sollen zusätzlich ohne großen Aufwand weiterbetrieben werden können, da die bestehenden Abnahmeregulungen um fünf Jahre verlängert werden. Zudem hat es im Baustein IV wichtige neue Regelungen für die Bereiche Netzanschluss und Speicher gegeben.

Ende April haben Bundestag und Bundesrat das “Solarpaket I” verabschiedet und so wesentliche Teile der Photovoltaik-Strategie auf den Weg gebracht. Hintergrund ist das Ziel Deutschlands im gesamten Stromsektor bis 2035 klimaneutral zu wirtschaften. Daher wurden die gesetzlichen Ausbauziele für Solarenergie bereits im **“Erneuerbare-Energien-Gesetz“ 2023 (EEG)** angehoben. Informationen sind unter <https://kurzelinks.de/solar1> sowie unter <https://kurzelinks.de/solarpaket> zu finden.



Neues Energieforschungsprogramm des BMWK

Die Energiewende ist ein Wegbereiter zur Erreichung energie- und klimapolitischer Ziele der Bundesregierung. Neben der Reduktion des Energiebedarfs, benötigt es eine klimaneutrale, sichere und widerstandsfähige Energieversorgung, die für Gesellschaft und Wirtschaft bezahlbar bleibt. Um diesen Forschungs- und Entwicklungsprozess zu beschleunigen, hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) mit seinem Energieforschungsprogramm im Rahmen einer missionsorientierten Innovationspolitik die Leitlinien für die Förderung in der angewandten Energieforschung festgelegt. Die Innovationsförderung für Technologien, Prozesse, Dienstleistungen und Konzepte resilienter Energiesysteme entsteht durch die Kooperation von Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Kommunen und Unternehmen und erfolgt in fünf Missionen:

- Mission Energiesysteme: Forschung für ein resilientes und effizientes Energiesystem
- Mission Wärmewende: Forschung für eine klimaneutrale Wärme- und Kälteversorgung
- Mission Stromwende: Forschung für die Umstellung der Stromversorgung auf erneuerbare Energien
- Mission Wasserstoff: Forschung für eine nachhaltige Wasserstoffwirtschaft

Mission Transfer: ein schneller Transfer von Forschungsergebnissen in die Praxis
Durch Weiterentwicklung und Optimierung des Transformationswissen in den einzelnen Missionen trägt die angewandte Energieforschung dazu bei, Infrastruktur, Gebäude, Wohnviertel und industrielle Produktionsprozesse energie- und ressourceneffizienter zu gestalten.

Die Bundesregierung fördert die Erforschung nichtnuklearer Energietechnologien bereits seit den 1970er-Jahren. Die neue Auflage des Energieforschungsprogramms ist bereits der achte Förderaufruf an Energieforschende.

Weitere Informationen erhalten Sie unter <https://kurzelinks.de/energieforschung8>



Neues aus dem Land Berlin Berliner Senat beschließt neue “Gesamtstrategie Ladeinfrastruktur 2030”

Das Land Berlin möchte für den künftigen Ladebedarf vorsorgen: Bis zum Jahr 2030 wird ein Anstieg des Ladebedarfes für Elektrofahrzeuge um das Siebenfache im Vergleich zum heutigen Niveau erwartet. Berücksichtigt werden zum einen die Zulassungszahlen für Elektrofahrzeuge und zum anderen die Einpendlerbewegungen. Damit dem Bedarf begegnet werden kann, braucht Berlin ein Vielfaches an weiteren Ladepunkten - gegenwärtig sind lediglich ca. 3.850 der 25.000 installierten Ladepunkte öffentlich zugänglich. Daher nimmt die Strategie sowohl Potenziale öffentlicher als auch privater Ladeinfrastruktur in den Blick. Das Strategiepapier umfasst die heutige Situation der Berliner Ladeinfrastruktur und weist zusätzlich Ziele und Maßnahmen für die Expansion des Angebots bis zum Jahr 2030 aus. Dabei werden drei Raumtypen unterschieden: öffentliche Straßenräume, private Flächen mit öffentlichem Zugang und privat genutzte Zugänge. Basierend auf den überwiegend privaten Ladevorgängen, schreibt die Strategie auch eine maßgebliche Ausbauoffensive für den privaten Raum fest. Zusätzlich sollen aber ebenfalls mehr Möglichkeiten für spontanes Laden im öffentlichen Raum geschaffen werden. Die Gesamtstrategie wurde durch die Senatsverwaltungen für Wirtschaft, Energie und Betriebe (SenWEB sowie Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (SenMVKU) in Zusammenarbeit mit der Berliner Agentur für Elektromobilität eMO erarbeitet. Die “Gesamtstrategie Ladeinfrastruktur 2030” steht zum Download unter dem folgenden Link zur Verfügung: <https://www.ladeinfrastruktur.berlin/>



Neues aus dem Land Berlin Gesamtstädtische Wärmeplanung: Informationsveranstaltung März 2024

Anfang März fand eine Informationsveranstaltung für die Fachöffentlichkeit zur "Gesamtstädtischen Wärmeplanung" statt. Anwesend waren vor allem Repräsentat:innen handelnder Institutionen wie Senatverwaltungen und Bezirksämter, Energieversorgungsunternehmen und Bundes- und Landesverbänden. Ziel war einerseits der Wissenstransfer von Datenmanagement, Bestands- und Potenzialanalyse, Szenarienbetrachtung sowie den zukünftigen Eignungsgebieten und andererseits die Diskussion gegenseitiger Erwartungen und Wünsche. Seit 2022 koordiniert die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (SenMVKU) den Erstellungsprozess der "Gesamtstädtischen Wärmeplanung" in Berlin, der auch durch eine umfangreiche Beteiligung flankiert wird. Die Wärmeplanung soll 2026 vorliegen und maßgeblich zur Reduktion der CO₂-Emissionen in Berlin beitragen. Mehr Informationen finden sich unter: <https://kurzlinks.de/waermeplan>.



Neues aus der Servicestelle Neue Arbeitshilfe und überarbeitete Gebäudesteckbriefe

Die Betrachtung der energetischen Situation sowie die Ableitung von Potenzialen und Maßnahmen in den Berliner Stadtquartieren benötigt auch bei geänderter Fördersituation einen integrierten Ansatz, der über die Gebäudeebene hinausdenkt. Da entscheidenden Akteursträgerschaften wie Bezirksämtern, Energieversorgungs- und Wohnungsunternehmen sowie Vereine oftmals Zeit und Wissen zur detaillierten energetischen Analyse fehlen, sind Ausschreibungen für diese Leistungen nach wie vor benötigt. Die Servicestelle berät Interessierte auch bei Projektkonzeptionen und -initiiierungen, was auch die Gestaltung von Leistungsverzeichnissen für Vergaben betrifft. Um dieser Aufgabe nachzukommen, hat die Servicestelle nun die Arbeitshilfe "Ausschreibung und Vergabe integrierter energetischer Quartierskonzepte - Vom Anlass zur Ausschreibung" veröffentlicht. Neben exemplarischen Textbausteinen für die Vergabedokumente werden wichtige Hinweise zur Prozessausgestaltung und Entscheidungsfindungen gegeben. Das Dokument steht unter <https://kurzlinks.de/nypj> zum Download bereit. In überarbeiteter Form sind auch die Gebäudesteckbriefe online gegangen. Sie zeigen für einige der häufigsten Berliner Gebäudetypen auf, mit welchen Maßnahmen bei einer energetischen Sanierung entsprechender Gebäude der gesetzliche Mindeststandard sowie der KfW-Effizienzhausstandard erreicht werden können. Aufgrund mehrerer Änderungen gesetzlicher Anforderungen wie die GEG-Novelle (Heizungsgesetz) und der

Fördermöglichkeiten wurden die Steckbriefe umfangreich überarbeitet. Die neuen Versionen stehen unter <https://kurzlinks.de/3o2l> zum Download zur Verfügung.

Die Frage nach geeigneten energetischen Sanierungsmaßnahmen ist eng mit der zukünftigen Wärmeversorgung der Gebäude verknüpft, da beispielsweise das nötige Temperaturniveau von Wärmenetzen vom energetischen Zustand der versorgten Gebäude abhängt. Mit dem neuen GEG gibt es erstmals die Anforderung, dass neue Heizungen zu einem Anteil von mindestens 65% Wärme aus erneuerbaren Energiequellen oder unvermeidbarer Abwärme nutzen müssen. Dies veranlasst viele Gebäudeeigentümer, sich mit dem Thema intensiver auseinanderzusetzen. Die Servicestelle erhält aktuell viele Anfragen von Nachbarschaftsinitiativen oder Eigentümervereinen, die ein Nahwärmenetz für ihr Quartier in Betracht ziehen und teilweise sogar die Gründung von Bürgerenergiegenossenschaften vorantreiben, um die zukünftigen Netze selbst zu betreiben. Auch wenn die gesamtstädtische Wärmeplanung noch bis 2026 erarbeitet wird, ist es in vielen Fällen sinnvoll, schon jetzt nach geeigneten Versorgungslösungen zu suchen. Die Servicestelle bietet allgemeine Beratung zum Vorgehen und unterstützt nach Bedarf bei der Abstimmung mit Verwaltungen, der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Eigentümern und der Beantragung von Fördermitteln.

FAQ

Servicestelle energetische Quartiersentwicklung

Ich habe allgemeine Fragen zu Themen der energetischen Quartiersentwicklung wie Wärmenetzen, der Kommunalen Wärmeplanung, einem geeigneten Umsetzungsmanagement für Projekte oder zu Fördermitteln.

Nehmen Sie Kontakt zur Servicestelle auf! Wir beraten Sie gern zu Ihren Fragen oder vermitteln Ihnen geeignete Ansprechpartner:innen. Bei Bedarf können wir auch einen Gesprächstermin vereinbaren, um im Detail über Ihr weiteres Vorgehen zu sprechen. Ausführliche Informationen zu den genannten Themen finden Sie auch in unseren Leitfäden.

Ich möchte ein Projekt zur energetischen Quartiersentwicklung auf den Weg bringen.

Wir vereinbaren gern einen Gesprächstermin mit Ihnen und bei Bedarf mit weiteren Akteur:innen in Ihrem Quartier. Gemeinsam können wir analysieren, welche Ziele Sie anstreben und mit welchen technischen und wirtschaftlichen Konzepten Sie diese erreichen können. Termine können in Präsenz oder in Form einer Videokonferenz erfolgen.

